

**Rede im Bundestag von Katharina Beck, zur Aktuellen Stunde am 16.12.2021
auf Antrag der AfD Fraktion: „Umsatzeinbußen durch 2G-Regelungen in
Gastronomie und Einzelhandel“**

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Bundestag, liebe Bürgerinnen und Bürger,

Liebe Kolleg*innen von der AfD, Ich finde das einfach unredlich was sie tun. Sie nutzen die tatsächliche Notlage von Millionen von Menschen in der Gastro, in der Kultur, im Einzelhandel, um hier politisches Kapital zu schlagen - um Ihren verqueren Totalitätsanspruch individueller Freiheit voranzutreiben. Wo ein „ich will aber meine Maske nicht tragen“ wichtiger ist als der Schutz von Menschenleben anderer.

Wissen Sie, ich wünsche mir ja auch wieder ein Leben ohne Corona, ja – gerne auch eines ohne Maske. Ein Leben mit unbeschwertem Restaurantbesuch, mit einem Bummel in der Innenstadt. Aber wir haben nun mal Corona – und mit Omikron ist die nächste Steigerung schlimmerweise schon in Sicht.

Ihr Eintreten für das Nicht-Impfen und das „Ich will aber keine Maske“ führt doch erst dazu, dass wir in der 4. und bald in der 5. Welle stecken – und eben zu Maßnahmen gezwungen sind, auf die hier wirklich niemand auch nur das kleinste bisschen Lust hat.

Aber: Das zugrunde liegende Problem sind nicht die Schutzmaßnahmen wie 2G. Das zugrunde liegende Problem ist der noch immer viel zu große Anteil an nicht Geimpften und dem Effekt auf die Belegung der Intensivbetten.

Und liebe AfD, Wenn Ihnen die Menschen in der Gastro und im Einzelhandel wirklich am Herzen lägen: Schreiben sie Ihren Mitgliedern doch mal eine mail und fordern sie sie zum Impfen auf. Das wäre mal eine wirklich gute Idee.

Und jetzt möchte ich endlich zu dem kommen, worum es eigentlich gehen sollte: Um die Menschen, die hinter den Zahlen stecken. Hinter den Millionen

von Kleinunternehmen, (Solo-)Selbstständigen, den Laden-Besitzer*innen und Jobber*innen in der Gastro, im Einzelhandel, in der Kultur. Viele von ihnen können einfach nicht mehr.

Das Bild des neuen Geschäftsklimaindex für (Solo-)Selbstständige und Kleinunternehmen des ifo-Instituts ist dramatisch: Über 25% stehen vor dem Aus ihrer Existenz. fast doppelt so viel als die Gesamtwirtschaft.

Gar nicht zu sprechen von den enormen psychischen Belastungen, einmal durch die finanzielle Lage, aber eben auch wenn man seiner beruflichen Leidenschaft – und das prägt gerade Kleinunternehmer*innen und Branchen wie Gastro und Kultur enorm – nicht mehr nachgehen kann.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier auch um das Vertrauen dieser Menschen in uns, in die Politik!

Ein ganz akutes Problem sind die Rückforderungen der ersten Corona-hilfen vom Frühjahr 2020. Diese Sofort-Hilfen als Liquiditätshilfen waren nicht das richtige Mittel. Zuständigkeitsgerangel, nicht funktionierende IT, sich dauernd ändernde AGBs kamen hinzu. Seit ein paar Monaten flattern Rückzahlungsforderungen dieser ersten Corona-Soforthilfen in die Briefkästen vieler Soloselbstständiger und Kleinunternehmer*innen. Zur Unzeit gerade jetzt in der 4. Welle.

Für uns hier in diesem Haus ist aber noch wichtiger: Da geht es auch um unsere Kommunikation und Glaubwürdigkeit. Lieber Herr Scholz, Sie haben damals im März 2020 richtigerweise den Menschen Mut gemacht, mit einer „Bazooka“; und auch mit der Ankündigung gemeinsam mit dem damaligen Minister Altmaier, es handele sich um „Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen“. Anfang April 2020 hatten knapp 1,8 Millionen Menschen in Deutschland diese Hilfen beantragt.

In der detaillierten Umsetzung wurde es dann aber leider oft anders gehandhabt. Die Rückforderungen mögen dadurch in vielen Fällen juristisch

korrekt sein, kommunikativ ist das aber schlimm. Denn so kann leider Vertrauen kaputt gehen.

Und somit finde ich es exorbitant gut, dass wir schon im Koalitionsvertrag gemeinsam miteinander vereinbaren konnten, dass wir die Rückzahlmodalitäten der Corona-Soforthilfen prüfen werden. Das ist genau die Politik des lernenden Staates, die ich mir wünsche. Viele Betroffene nehmen das auch wahr. Aber wir müssen nun auch Taten folgen lassen und zwar dringendst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Grund, warum ich hier heute unbedingt sprechen wollte! Ich möchte Sie für zwei konkrete Ideen bezüglich der Rückzahlungsforderungen der Corona-Soforthilfen gewinnen:

1. Lassen Sie uns ein **Rückzahlungs-Moratorium** beschließen in Verbindung mit einer Task force (die ihren Namen verdient), die aus juristischer, unternehmerischer und politischer Perspektive die Regelungen und Zuständigkeiten aufdröseln und Lösungen erarbeitet
2. Lassen Sie uns dabei bitte auch **Kulanzregeln** bis zu einer gewissen Höhe ernsthaft in Betracht ziehen. Wenn wir die Gesamtkosten für die Rückzahlungsforderungen und Folgekosten abwägen, dann bekommen wir für einen überschaubaren Betrag in einer Zeit existenzieller Unsicherheit die Hoffnung für ein gesellschaftliches „Wir“ das auch die Einzelnen stützt.

Wenn Sie noch Überzeugung brauchen: Reden Sie mit ihren Friseur*innen, dem Besitzer ihres Lieblingsrestaurants oder ihrer Kneipe um die Ecke.

Im Gegensatz zu den vorgeschobenen Problemchen der AFD, die noch jede Corona-Schutzmaßnahme instrumentalisieren werden – es brennt hier die Hütte. Es besteht akuter Handlungsbedarf!

Als Regierung können wir hier mit einer Kulanzregelung Vertrauen zurück gewinnen! Wort halten und unzähligen (Solo-)Selbstständigen und Kleinunternehmer*innen eine große Last von den Schultern nehmen.

Nehmen wir die Menschen in den Fokus. Machen wir eine neue Politik, eine Wirtschafts- und Finanz-Politik, die endlich auch die „Kleinen“ wahrnimmt.

Packen wirs an! Ich freue mich darauf!“